



Interview mit dem Vorsitzenden des Sozial-und Gesundheitsausschusses des rheinland-pfälzischen Landkreistages Dr. Peter Enders zum Tabakwerbeverbot

Im Rahmen seiner Rathausgespräche lud Dr. Christian Moerchel am 28.10.2019 ins Abgeordnetenhaus des Landtags in Mainz. Da es eine aktuelle Auseinandersetzung um das Thema E-Zigaretten und Tabakerhitzer gibt, die in Deutschland zur Zeit an den meisten Ärzten vorbei geführt wird, war es den Organisatoren wichtig, diese Diskussion mit Inhalten zu füllen.

Weitgehend unbekannt sind beispielsweise die positiven Bewertungen der Food and Drug Administration (FDA) aus den USA und des Bundesinstituts für Risikobewertung in Deutschland zum Tabakerhitzer. Nicht der Tabak als solcher ist schädlich, sondern seine Verbrennung. Im Tabakerhitzer wird der Tabak jedoch lediglich erwärmt, nicht verbrannt. Wer sind die Adressaten dieser Publikationen? Wer sieht neben dem Jugendschutz das gesundheitspolitische Potential, das diese neuen Produkte für das deutsche Gesundheitssystem haben könnten? Können sie dabei unterstützen, aktive Raucher vom Konsum herkömmlicher auf Verbrennung basierender Papierzigaretten abzubringen?

Vor diesem Hintergrund hat Herr Dr. Michael Moerchel anlässlich des Mainzer Rathausgespräches den Vorsitzenden des Sozial-und Gesundheitsausschusses des rheinland-pfälzischen Landkreistages, Dr. Peter Enders zum geplanten Tabakwerbeverbot interviewt.

Moerchel:

Die Bundesregierung hat gerade beschlossen, dass es zum 1. Januar 2022 ein Tabakwerbeverbot geben soll. Was halten Sie davon?

Enders:

Zum Schutz der Jugend ist dieses Gesetz sinnvoll und lange überfällig. Wir sind in der Europäischen Union das letzte Land, in dem Tabakaußenwerbung noch erlaubt ist. Allerdings erreicht man durch Verbote von Plakaten den passionierten Raucher nicht. Hier müssen andere Wege gegangen werden, um den aktiven Raucher zum Rauchstopp zu motivieren.

Moerchel:

Ursprünglich war ein Tabakwerbeverbot schon für 2020 geplant. Was hindert die Regierung daran, das Verbot sofort auszusprechen?

Enders:

Vom gesundheitlichen Aspekt wäre ein sofortiges Werbeverbot sicher das sinnvollste, und der präventive Effekt würde früher einsetzen. Andererseits bedürfen politische Entscheidungen und die Umsetzung von Gesetzen immer eines entsprechenden Vorlaufs, so dass ein Zeitraum von zwei Jahren nicht ungewöhnlich ist.

Moerchel:

Wie man lesen kann, soll es dem Vernehmen nach einen Kompromiss für E-Zigaretten geben. Diese Produktkategorie soll vom Werbeverbot ausgenommen werden?

Enders:

E-Zigaretten enthalten keinen Tabak mehr und werden darum offenbar anders bewertet. Insgesamt ist unklar, wie E-Zigaretten in Zukunft beispielsweise steuerlich eingestuft werden. Außerdem setzen E-Zigaretten deutlich weniger Schadstoffe in ihrem Aerosol frei als herkömmliche Verbrennungszigaretten. Ob dieser gesundheitsrelevante Aspekt bei dem Kompromiss, die E-Zigaretten vom Werbeverbot auszunehmen, eine Rolle gespielt hat, bleibt abzuwarten.

Moerchel:

Wenn Sie die geringe Schadstoffkonzentration in Aerosol von E-Zigaretten schon ansprechen, dann darf ich Sie auch zum Tabakerhitzer befragen. Die US Food and Drug Administration (FDA) in den USA hat sich vor kurzem positiv zu dem gesundheitspolitischen Nutzen von Tabakerhitzern geäußert. Dazu soll er bei Rauchern eine höhere Akzeptanz haben und Jugendliche weniger ansprechen als E-Zigaretten. Warum soll diese Produktkategorie dann in Deutschland nicht auch vom Werbeverbot ausgenommen werden?

Enders:

Vielleicht kennen die Entscheider in Berlin die aktuellen wissenschaftlichen Bewertungen der FDA nicht, die neben Tabakerhitzern jüngst auch dem ebenfalls tabakhaltigen Snus einen möglichen Beitrag zum Schutz der öffentlichen Gesundheit beimessen. Letzterer darf zukünftig sogar in den USA damit werben, geringere Risiken für bestimmte Krebserkrankungen zu haben, als Verbrennungszigaretten. Die FDA hat längst den wissenschaftlichen Konsens akzeptiert, dass ohne die schädliche Tabakverbrennung auskommende Produkte wie Tabakerhitzer und Oraltabak insgesamt einen positiven Beitrag leisten können, wenn Raucher komplett auf sie umsteigen. Diesen Konsens lässt die FDA in den USA auch in Regulierungsmaßnahmen einfließen.

Moerchel:

Was kann das für Deutschland bedeuten?

Enders:

In Deutschland sollten die Entscheider in Berlin zum Beispiel die aktuellen Zahlen des Bundesinstituts für Risikobewertung kennen, die eine eindeutige Sprache sprechen: E-Zigaretten erfreuen sich unter Jugendlichen einer vielfach höheren Beliebtheit als Tabakerhitzer, die fast ausschließlich von erwachsenen Rauchern genutzt werden. Vor diesem Hintergrund sind Ausnahmen vom geplanten Werbeverbot für E-Zigaretten, nicht aber für Tabakerhitzer, unverständlich. Es scheint sich bei dem aktuellen Entwurf zum Tabakwerbeverbot tatsächlich um eine rein politische Entscheidung zu handeln. Manchmal kommen dann offenbar logische Argumente zu kurz.